

Niederschrift

über die **öffentliche** Gemeinderatssitzung am 12. Dezember 2018, Nr. 14/2018

Beginn: 16:00 Uhr Ende: 17:30 Uhr

Sitzungsort: Rathaus Simonswald, Bürgersaal

Anwesend:

- 1. Vorsitzender:** Bürgermeister Stephan Schonefeld
- 2. Gemeinderäte:** Erwin Weis, Bernhard Ruf, Rainer Bär, Ferdinand Brugger, Norbert Helmle, Horst Kolb, Joachim Nopper, Karoline Schulz, Michael Schwär, Franz-Paul Stratz, Richard Weis, Carina Wehrle
- 3. Verwaltungs-Bedienstete:** Kevin Dufner, Schriftführer
Amelie Schindler (Praktikantin), Schriftführerin
Tobias Scherzinger, Rechnungsamtsleiter
Michael Disch, Steueramt

Die Sitzung wurde vom Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Gemeinderäte durch Einladung vom 03. Dezember 2018 fristgerecht und ordnungsgemäß einberufen worden sind.

Es fehlt entschuldigt: niemand

Unentschuldigt fehlt: niemand

Der Gemeinderat ist beschlussfähig, weil alle Mitglieder anwesend sind.

Pressevertreter: Heiß, Karin, Badische Zeitung,
Wolters, Klaus, Elztäler Wochenbericht

Anwesende Bürger: 14

Die Tagesordnung und die Sitzungsvorlagen sind im Zuhörerbereich für die anwesenden Bürger ausgelegt.

Auf der Tagesordnung stehen und wurden beraten bzw. beschlossen:

Zu Beginn der Gemeinderatssitzung begrüßt der Vorsitzende alle Anwesenden. Danach bittet er die Anwesenden, sich zu einer Gedenkminute für den verstorbenen Friedrich Emmmler zu erheben. Herr Emmmler war für die Gemeinde als Bauhofleiter und im Gemeinderat tätig.

TOP 1 Einwohnerfragemöglichkeit

Eine Bürgerin spricht die Flüchtlingsunterkunft beim geplanten Standort Kasperhofmatte an. Sie ist Angrenzerin des Grundstücks und fragt nach der Anzahl der geplanten Container nach. Laut ihrer Ansicht nach, wurden die Bürger kaum informiert. Des Weiteren ist sie der Meinung, dass ihre Immobilie an Wert verliert und spricht die Ordnung und Sicherheit an. Der Vorsitzende entgegnet, dass die Unterbringung von Flüchtlingen eine Pflichtaufgabe der Gemeinde ist. Er war selber über den Zeitpunkt überrascht. Die Gemeinde hat sieben Pakistani zugeteilt bekommen. Als Standort für die Container, wurde die Kasperhofmatte in Betracht gezogen, da die Gemeinde wenig ebene Fläche zur Verfügung hat. Des Weiteren wurde seit eineinhalb Jahren versucht, leerstehende Wohnungen bzw. Häuser anzumieten. Aufgrund der negativen Resonanz des geplanten Standortes der Bürger, wurden andere mögliche Standorte mit dem Gemeinderat nichtöffentlich beraten. Drei Standorte wurden durch den Gemeinderat priorisiert. Die Kasperhofmatte ist bei dieser Priorisierung nicht dabei. Die Bürgerin wünscht sich für die Zukunft eine bessere Transparenz. Laut dem Vorsitzenden wurden die Bürger so früh wie möglich informiert. Nach der Überprüfung der drei anderen Standorte werden die Bürger entsprechend informiert. Die Angrenzer werden bei einem möglichen Bauantrag angehört. Ein anderer Bürger fragt nach, warum die Gemeinde die angebotene Wohnung von GR Stratz nicht angenommen hat. Der Vorsitzende erläutert, dass die Wohnung von Herr Stratz zu verbaut ist. Des Weiteren ist die ÖPNV-Anbindung nicht ausreichend. Zu diesem Zeitpunkt war auch noch nicht klar, dass die Flüchtlinge im Dezember kommen werden. Ein weiterer Bürger ist der Meinung, dass dies den Tourismus nicht fördert. Ein anderer Bürger wundert sich, dass für Flüchtlinge Bauland geschaffen wird, Familien hingegen müssen sich anderweitig Bauplätze suchen. Der Vorsitzende entgegnet, dass das Thema Wohnbauland und Flüchtlinge nicht im Zusammenhang genommen werden kann. Der Bebauungsplan Schloss ist derzeit bei der juristischen Prüfung. Danach wird in die Offenlage eingestiegen. Auch im Baugebiet Elme ist die Gemeinde dran. Hier werden momentan einige Voruntersuchungen stattfinden. Der Bürger erkundigt sich nach dem Zeitraum der Fertigstellung des Bebauungsplans Schloss. Der Vorsitzende sagt, dass dies unter anderem von der Beteiligung der Öffentlichkeit abhängig ist. Möglich wäre auch eine juristische Auseinandersetzung. Ein weiterer Bürger ist der Meinung, dass es offene Gespräche geben soll. Der Vorsitzende ergänzt, dass die neuen geplanten Standorte, gute Standorte sind, die die Allgemeinheit weniger beeinträchtigen.

TOP 2 Antrag auf Sachkostenzuschuss der Freie Schule Elztal für das Schuljahr 2018/2019

Sitzungsvorlage

Der Sachverhalt wird ausführlich vom Vorsitzenden an Hand der Sitzungsvorlage erläutert. Wie jedes Jahr hat die Schulverwaltung bei der Gemeinde einen Antrag auf Gewährung eines Sachkostenzuschusses gestellt. Die Beteiligung ist freiwillig, da es sich um eine Privatschule handelt.

Es bilden sich mehrere Wortmeldungen aus dem Gremium. Ein Gemeinderat findet es nicht gerecht den Antrag abzulehnen, da auch Simonswälder Kinder die Schule besuchen. Dagegen argumentiert ein Gemeinderat, dass das Geld lieber in der eigenen Schule investiert werden soll. Ein weiterer Gemeinderat ist derselben Meinung des Vorredners. Ein anderer Gemeinderat unterstützt diesen Antrag. Er findet die Höhe des Sachkostenzuschusses für überschaubar. Auch ein weiterer Gemeinderat möchte die Freie Schule Elztal unterstützen, da die Gemeinde auch für Kinder, die andere Schulen besuchen, etwas bezahlen müssen. Rechnungsamtsleiter Herr Scherzinger ergänzt, dass dies nur für Kinder aus Simonswald betrifft, die eine andere Grundschule besuchen. Drei der sechs Kinder, die die freie Schule Elztal besuchen, sind in der Klassenstufe 1-4, die restlichen drei Kinder ab der 5. Klassenstufe. Nach weiterer Aussprache wird im Folgenden abgestimmt, ob der Antrag auf Sachkostenzuschuss für alle sechs Kinder oder nur für die, die die Klassenstufe 1-4 besuchen, bezahlt wird.

Der Antrag auf Zahlung eines Sachkostenzuschusses für alle sechs Kindern wird vom Gemeinderat **mehrheitlich mit 4 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen** abgelehnt.

Der Antrag auf Zahlung eines Sachkostenzuschusses für drei Kindern, die die Klassenstufen 1-4 besuchen, wird vom Gemeinderat **mehrheitlich mit 5 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen** abgelehnt.

Somit ist der Antrag auf Zahlung eines Sachkostenzuschusses für die Frei Schule Elztal abgelehnt.

TOP 3 Neufassung der Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachung

Sitzungsvorlage

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt an Hand der Sitzungsvorlage. Der Entwurf der Satzung ist als Anlage der Sitzungsvorlage beigelegt. In der Satzung wurde lediglich die Notbekanntmachung ergänzt. Die Notbekanntmachung ist in § 1 Absatz 5 der Verordnung zur Durchführung der Gemeindeordnung (DVO GemO) geregelt. Die Satzung soll am 1. Januar 2019 in Kraft treten.

Ohne weitere Aussprache beschließt der Gemeinderat **einstimmig**, die vorliegende Satzung über die Form der Öffentlichen Bekanntmachung entsprechend der Anlage.

TOP 4 Einbringung des Haushalts 2019 - Sachvortrag

Sachvortrag

Den Mitgliedern des Gemeinderates liegt zum Beginn der Sitzung jeweils eine Ausfertigung vom Entwurf des Haushaltsplanes 2019 vor.

Der Vorsitzende leitet die Einbringung des Haushaltes mit seiner Haushaltsrede ein. Diese befindet sich in der Anlage zur Niederschrift.

An Hand einer Power-Point-Präsentation stellt Kämmerer Scherzinger den Haushalt 2019 vor. Diese Präsentation befindet sich ebenfalls in der Anlage zur Niederschrift.

TOP 5 Entwicklung auf dem Kandel und Infopoint Kandel

Sitzungsvorlage

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt an Hand der Sitzungsvorlage. Mit dem Landratsamt Emmendingen hatte ein Gespräch mit den angrenzenden Kandelgemeinden stattgefunden. Die Kandelspitze soll aufgewertet werden. Geplant ist ein Infopoint mit Toilettenanlage und einen Spielplatz. Die Investition wurde mit Kosten von ca. 500.000 € geschätzt. Jede Kandelgemeinde soll einen Anteil von 25.000 € tragen. Die Gemeinde St. Peter regt an, zu prüfen, ob anstelle des geplanten Infopoints nicht der Investor beim Hotel eine Toilettenanlage mit Wartemöglichkeiten und ggfs. einen kleinen Inforaum errichten kann.

Es bilden sich mehrere Wortmeldungen aus dem Gremium. Ein Gemeinderat erkundigt sich, ob sich der neue Betreiber an den Kosten beteiligt. Der Vorsitzende antwortet, dass sich der neue Kandelwirt nicht beteiligen wird. Er hat kein Interesse an der neugebauten Toilette, da die Toilettenanlage oberhalb der Straße liegt und der Lift und sein Ausschank unterhalb der Straße. Ein weiterer Gemeinderat spricht die Gesamtkonzeption und die Zukunftsentwicklung an. Seiner Meinung nach entwickelt sich der Kandel rückwirkend. Der Feldberg ist zudem mit dem Kandel nicht vergleichbar. Das Konzept sollte genauer betrachtet werden. Der Vorsitzende antwortet, dass die Kandelspitze ein hohes Potential für eine nachhaltige touristische Nutzung hat. Die Naturschutzbelangen müssen noch mit dem Naturschutz und den betroffenen Partnern diskutiert und verhandelt werden.

Nach weiterer Aussprache beschließt der Gemeinderat **einstimmig**, dass die Zustimmung zu dem Projekt „Infopoint Kandel“ erst erteilt werden kann, wenn der Kostenaufteilungsschlüssel zwischen den einzelnen Beteiligten klar ist und eine dezidierte Folgekostenberechnung inklusive des geplanten Spielplatzes vorliegt.

TOP 6 Bekanntgaben, Anfragen

Bekanntgaben

I. Informationen des Vorsitzenden

1. Austritt aus dem Winterdienst

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass Herr Hug aus eigenem Wunsch nach 53 Jahren den Winterdienst verlassen hat. Die Verwaltung dankt Herrn Hug für dessen Bereitschaft.

2. Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 21.11.2018

Der Vorsitzende gibt die Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 21.11.2018 bekannt:

- Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Zustimmung eines Antrages der Interessensgemeinschaft Kultur- und Erholungslandschaft und Lebensqualität im Simonswäldertal auf Zuschussung von zwei Mulchmaßnahmen in Höhe von zusammen 539,47 Euro aus dem Haushalt eingestellten Mitteln in Höhe von 5.000 Euro zur Förderung der örtlichen Landwirtschaft.

II. Anfragen aus dem Gemeinderat

1. Breitbandausbau

Ein Gemeinderat spricht den Breitbandausbau an, da im Haushalt 2019 keine Mittel eingestellt sind. Er fragt nach, ob es weitere Infos zum Breitbandausbau Wildgutach gibt. Des verneint der Vorsitzende und ergänzt, dass das Landratsamt an der Überprüfung dran ist.

2. Befangenheit

Ein weiterer Gemeinderat sagt, dass er sich mit der Kommunalaufsicht wegen seiner Befangenheit zu TOP 3 der letzten Gemeinderatssitzung am 21.11.2018 in Verbindung gesetzt hat. Der Vorsitzende ergänzt, dass er ebenfalls Rücksprache gehalten hat. Im Zweifelsfall hätte der Gemeinderat über die Befangenheit abstimmen müssen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass ihm im Vorgespräch der Gemeinderatssitzung vom Vorsitzenden eine falsche Auskunft gegeben wurde. Er hätte sich einen besseren Ablauf gewünscht.

3. Kreisumlage

Ein Gemeinderat teilt mit, dass die Kreisumlage gesunken ist.

4. Landschaftspflegegeld

Ein Gemeinderat erkundigt sich, ob die gesamten Mittel von 5.000 € für das Landschaftspflegegeld verwendet wurden. Rechnungsamtsleiter Tobias Scherzinger verneint dies.

TOP 7 Einwohnerfragemöglichkeit

- Ein Bürger verweist auf ein Gespräch mit dem Vorsitzenden bezüglich der Unterbringung von Flüchtlingen. Hier wurde vom Vorsitzenden die Aussage getroffen, dass die Container bereits bestellt sind und diese auf die Kasperhofmatte kommen werden, da keine anderen Standorte zur Verfügung stehen. Über diese Aussage ist er verwundert, da nach dem heutigen Stand andere Standorte in Betracht gezogen wurden. Der Vorsitzende antwortet, dass dies beim damaligen Zeitpunkt entsprach. Die Container sind nach dem heutigen Zeitpunkt bestellt.
- Eine Bürgerin fragt nach, bis wann die Überprüfung der Standorte für die Flüchtlingscontainer abgeschlossen ist und erkundigt sich zudem über das weitere Vorgehen. Der Vorsitzende antwortet, dass die Überprüfung voraussichtlich bis Januar andauert. Wurde ein geeigneter Standort gefunden wird anschließend ein Bauantrag gestellt. Die Angrenzer werden darüber informiert. Des Weiteren erkundigt sich die Bürgerin nach der Lieferung der Container. Der Vorsitzende antwortet, dass diese schnellst möglich geliefert werden, nachdem ein geeigneter Standort gefunden wurde. Zurzeit wohnen in der Obdachlosenunterkunft acht Personen in einem Zimmer. Dies ist auch je nachdem von der Baurechts- und Naturschutzbehörde abhängig.

Vorsitzender:

Schriftführer:

Stephan Schonefeld

Kevin Dufner

Amelie Schindler

Gemeinderat:

Gemeinderat:

Horst Kolb

Joachim Nopper

Haushaltsrede zur Gemeinderatssitzung am 12.12.2018

Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,
sehr geehrte Damen und Herren,

heute darf ich den Haushalt für das Haushaltsjahr 2019 vorstellen. Für Sie ist es der 3. Haushalt, der nach den Regeln des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts, kurz NKHR, erstellt wurde. Der Entwurf liegt Ihnen vor.

Die Planungen für das Haushaltsjahr 2019 standen unter Vorzeichen, die die Gemeinde selbst nicht zu verantworten hatte. So werden knapp 400 tsd € an Mittel gebunden durch Dritteinflüsse, die wir nicht für andere anstehenden Aufgaben und Projekte einbringen können. Trotz alledem haben wir es geschafft, einen Haushalt im Entwurf auf zu stellen, der den Belangen der Gemeinde bestmöglich gerecht wird.

Zu den gebundenen Mitteln sind zunächst die 200 tsd € Investitionen zu nennen, die notwendig geworden sind, um das Belebungsbecken unserer Kläranlage nach Leckage der Belüftungsleitung zu sanieren. Diese Sanierung wird uns die notwendige Zeit verschaffen, um mittelfristig eine Anschlussmöglichkeit an den Zweckverband Breisgauer Bucht zu prüfen und anschließend die notwendigen Planungen voran zu treiben. Weiterhin fallen bei den gebundenen Mitteln die 200 tsd € ins Gewicht, die notwendig geworden sind, um die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen durch zu führen. Die Anschlussunterbringung ist eine Aufgabe, die bundesweit alle Kommunen in ebenso allen Facetten belastet. Wir haben im Landkreis Emmendingen mit allen Kommunen gemeinsam einen Weg gefunden, die Aufnahme und Unterbringung gemeinsam zu schultern. Das Landratsamt hat nun im Jahre 2018 begonnen, Kapazitäten aus der Erstaufnahme an den Bedarf an zu passen, so dass nun auch wir als Gemeinde zeitverzögert die Aufgabe der Anschlussunterbringung sicherstellen müssen. Wir haben erfolglos versucht, im Jahre 2018 Wohnungen oder Häuser für eine Unterbringung zu finden und waren nun gezwungen auf die mit dem Gemeinderat ausgewählten Standorte für eine Unterbringungseinrichtung zurück zu greifen. In vielen Gesprächen konnten wir Bedenken und Vorbehalte zu dem bei uns in Simonswald gewählten Standort wahrnehmen. Wir nehmen die Vorbehalte beziehungsweise Ängste, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen überregionalen Berichterstattung in den Medien, sehr ernst, können jedoch diese kommunale Aufgabe weder aus tatsächlichen noch rechtlichen Gründen ablehnen. Ich möchte jedoch auch an die Erstunterbringung von geflüchteten Menschen bei uns im Eichhof erinnern, die sich im Ablauf als völlig unproblematisch dargestellt hat. Vor dem Hintergrund unserer abendländisch christlichen Wertehaltung werden wir gemeinsam auch diese Aufgabe erfolgreich bewältigen.

Für das endende Haushaltsjahr können wir heute im Ergebnishaushalt bei vorsichtiger Schätzung ein Ergebnis von 422 tsd € verzeichnen. Dieses Ergebnis beruht nicht zuletzt auf der anhaltend guten konjunkturellen Gesamtlage und einer im Haushaltsjahr 2018 stabilen bis leicht ansteigenden Gewerbesteuer. Für die kommenden Haushaltsjahre hoffen wir auf eine weiterhin, zumindest stabile wirtschaftliche Lage, ohne größere Einbrüche. Die Vorhersagen hierzu stellen sich in den letzten Monaten leider als nicht ganz positiv dar. Nachfolgend möchte ich die wesentlichen Rahmenbedingungen für das kommende Haushaltsjahr darstellen. Gleichzeitig erhalten Sie damit einen Überblick über die bevorstehenden Herausforderungen, denen sich die Gemeinde Simonswald gegenübergestellt sieht. Ich möchte die beiden wesentlichen Punkte, die Investitionsmaßnahmen sowie den Ergebnishaushalt als solchen, darstellen.

Die im Rathaus vorgenommenen Installationsarbeiten für die Heizung konnten im Haushaltsjahr 2018 nicht in Gänze abgeschlossen werden. Die neue Pelletheizanlage ist als Doppelkesselanlage

bereits installiert und in Betrieb genommen, jedoch laufen noch Restarbeiten, so dass eine Endabrechnung erst im Haushaltsjahr 2019 vorgenommen wird. Hier besteht der Investitionsbedarf von derzeit noch 315 tsd € bei einem Zuschuss von 32.716 € aus. Die Erneuerung der IT-Technik im Rathaus wurde ebenfalls im Haushaltsjahr 2018 vorgenommen und ein neuerer Server in Betrieb gesetzt. Für das Haushaltsjahr 2019 steht ein weiterer Investitionsbedarf im Bereich der IT an. Zum einen muss nun noch die veraltete Netzverkabelung erneuert werden, weiterhin wird die Ratsarbeit digitalisiert werden. Hierzu wird ein Ratsinformationssystem angeschafft und für die Gemeinderäte mobile Endgeräte. Die Umstellung ist für den Zeitpunkt nach der anstehenden Kommunalwahl terminiert.

Im Haushaltsjahr 2018 haben wir bereits begonnen höhenverstellbare Schreibtische für alle Mitarbeiter ein zu führen. Dies ist ein wesentlicher Schritt in der Gesundheitsfürsorge für die Mitarbeiter. Im kommenden Haushaltsjahr wird die Beschaffung von höhenverstellbaren Schreibtischen weiter vorangetrieben und die nächsten Büros im Erdgeschoss umgestellt. Darüber hinaus werden Änderungen bei der Parkplatzanlage rund um das Rathaus geplant. Bei der Bewertung der Leistungsfähigkeit der Feuerwehr ist ein entscheidendes Kriterium die Eintreffzeit am Ereignisort. Hierzu ist es notwendig, für die ausrückenden Einsatzkräfte unmittelbar am Gerätehaus eine ausreichende Anzahl an Parkplätzen zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grunde werden die Mitarbeiterparkplätze von dem vor dem Rathaus liegenden Parkplatzbereich in den hinteren Bereich zu den derzeit vorhandenen Garagen verlegt. Hierzu soll dieser Bereich derart ertüchtigt werden, dass auch zukünftig die dort stattfindenden Kurkonzerte durchgeführt werden können.

Neben verkehrsrechtlichen Maßnahmen werden Baumaßnahmen notwendig, die im Haushalt mit einer Gesamtsumme von 13 tsd € eingeplant sind. Darüber hinaus soll im Rathaus die Küche, die gleichzeitig als Sozialraum dient, erneuert werden; hierfür sind 2.100 € eingeplant.

Der Haushalt hat sich wie in jedem Jahr auch intensiv mit den Belangen der Freiwilligen Feuerwehr auseinander zu setzen. Wie seit 2003 hat es die Gemeindeverwaltung auch dieses Jahr wieder geschafft, alle durch die Feuerwehr beantragten Mittel zur Sicherung der Einsatzbereitschaft ein zu planen. An dieser Stelle sollen nur die beiden wesentlichen Aufwendungen genannt werden. Neben der Beschaffung von diversen Kleinteilen steht dringend der längst überfällige Elektrocheck an. Weiterhin wird im Haushaltsjahr 2019 das im Jahre 2018 ausgeschriebene Fahrzeug für die Abteilung Wildgutach mit 188.500 € bei einem Zuschuss von 88.650 € ausgabenwirksam. Darüber hinaus muss im Haushaltsjahr 2019 mit dem Ersatz der nach nunmehr fast 20 Jahren getragenen Einsatzjacken begonnen werden. Hierzu werden zunächst 35 Jacken mit einem kalkulierten Preis 24.230 € beschafft.

Betrachtet man die Anforderungen, die in der heutigen Zeit an die Räumlichkeiten der Feuerwehr gestellt werden, so muss man feststellen, dass wir in Simonswald den Anforderungen in großen Teilen nicht gerecht werden. Aus diesem Grunde werden zu Planungszwecken eines gemeinsamen Rettungszentrums mit angegliedertem Bauhof auf dem derzeitigen Bauhofareal zunächst 5 tsd € eingeplant. Dies betrifft ausschließlich die bauliche Betrachtung der Feuerwehrhäuser Ober- und Untersimonswald und nicht eine etwaige Organisationsänderung. In dieser Planung geht die bereits im Haushaltsjahr 2018 begonnene neue Überplanung des Bauhofes gänzlich auf.

Für den Bauhof stehen auch im Haushaltsjahr wieder Investitionen an. Neben den mit 15 tsd € auch in diesem Jahr eingeplanten Gabelstapler, der im Jahre 2018 nicht beschafft wurde, wird mit 70 tsd € die Ersatzbeschaffung des bereits in die Jahre gekommen Schmalspurfahrzeug „Holder“ eingeplant. Die Einrichtung eines Werkstattraumes mit einer kleinen Schreinerei innerhalb der Bauhofhalle konnte im ablaufenden Kalenderjahr nicht vollendet werden und ist mit 10 tsd €

eingepplant. Darüber hinaus ist die Beschaffung einer sogenannten Wildkrautbürste für eine zeitgemäße Unterhaltung bestehender Weganlagen mit 1.600 € vorgesehen. Im Rahmen der Finanzplanung wird die Ersatzbeschaffung für den Unimog im Plan 2021 mit einem entsprechenden Zuschuss vorausgeplant.

Im Bereich des Grunderwerbes stehen zunächst keine konkreten Planungen an. Hier werden jedoch pauschaliert 10.000,00 € in der Investitionsplanung veranschlagt. Weiterhin werden dann in der Finanzplanung ab dem Jahr 2020 aus der Grundstücksvermarktung im Baugebiet Schloss Einnahmen veranschlagt.

Auch in diesem Haushaltsjahr betrifft der größte Investitionsbereich das Kulturhaus in Simonswald. Hier sind für das Jahr 2019 3,19 Mio € eingestellt bei einem Zuschuss von 637.600 €. Gleichzeitig werden für die Einrichtung der neuen Touristeninformation im Kulturhaus 20 tsd €, für die Möblierung des Kulturhauses 106 tsd € sowie 110 tsd € für die Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Kulturhaus eingepplant.

Das Haushaltsjahr 2018 hat den derzeitigen Bedarf an weiteren Kindergartenplätze nicht bestätigt, so dass derzeit keine weiteren Planungsschritte notwendig sind. Für den Kleinkinderbereich im Kindergarten Obertal ist das bereits 2018 geplante neue Kletterkombinationsspielgerüst mit nun 4.400 € veranschlagt, weiterhin wird eine Investition in Höhe von 1.500 € für Spielaufbauten sowie 5 tsd € für eine Außenmarkise eingepplant. Für den Kindergarten Untertal ist für den Essensbereich ein Zuschuss für die benötigte Spülmaschine in Höhe von 2.800,00 € auch im Haushaltsjahr 2019 vorgesehen.

In den Haushalt 2019 sind auch Investitionsmaßnahmen im und um das Schwimmbad eingepplant. So sind 111 tsd € für die Schaffung der im Parkplatzbereich des Schwimmbades benötigten zusätzlichen Stellplätze eingepplant. In der Finanzplanung 2020 sind weitere 74.700 € eingepplant um entlang der Stützmauer und dem Schwimmbad zusätzliche Lagerflächen zu schaffen. Damit können wir die angespannte Raumsituation im Schwimmbadbetrieb deutlich entschärfen. Um langfristig auch als Ausbildungsstelle für den Bäderbetrieb anerkannt zu werden, sind in der Finanzplanung 2020 70 tsd € für einen Pultdachaufbau im Bereich des jetzigen Ökonomiegebäudes eingestellt. Darüber hinaus sieht die Finanzplanung 2020 die Bereitstellung von 57 tsd € für die Einrichtung einer barrierefreien Umkleide vor. Bereits im Haushaltsjahr 2018 soll mit einem Aufwand von 18.800 € der Pflasterbelag im Kleinkindbecken an die Bedürfnisse der Kinder angepasst werden. Ferner sind Unterhaltungsmittel von 11 tsd eingepplant, um die Duschk Durchgänge zum Schwimmbecken in Stand zu setze; diese sacken im Außenbereich derzeit ab.

An der Tourismusanlage Obersimonswald muss die Holzbrücke durch eine neue ausgetauscht werden, hierfür sind Investitionsmittel von 40 tsd € vorgesehen. Hierneben soll die Tourismusanlage Obersimonswald durch den Ersatz der bestehenden Beleuchtung mit Anschluss an die Schaltzeiten der Straßenbeleuchtung weiter aufgewertet werden. Dazu sind Investitionsmittel in Höhe von 10.300 € eingepplant.

Im Rahmen der notwendigen Investitionen für die Ver- und Entsorgung Wasser/Abwasser müssen für den Bereich der Entsorgung die eingangs genannten 200 tsd € für die Belüftung des Belüftungsbeckens eingepplant werden. Auch für die Versorgung müssen für die Wasserversorgung für das Haushaltsjahr 2019 Investitionsmittel eingepplant werden. Auf Grund der in diesem Sommer sehr lang anhaltenden Dürre konnte die Wasserversorgung nur durch den Wasserbezug aus dem Tiefbrunnen Riederhof unserer Nachbargemeinde gesichert werden. Um langfristig selbstständig und unabhängig sein zu können, werden 70.500 € bei einem Zuschuss von 56.400 € für eine Probebohrung Tiefbrunnen Mooshof geplant.

Der Breitbandausbau in Simonswald wird uns im Haushaltsjahr 2019 zunächst nicht begleiten. Die Abrechnung durch das Landratsamt Emmendingen des erfolgten Ausbaus ist bereits erfolgt. Da wir in Simonswald im Rahmen des Breitbandausbaues noch einige weiße Flecken haben, insbesondere beispielsweise einen komplett nicht angeschlossenen Ortsbereich in Wildgutach oder auch das hintere Nonnenbachtal, sind für die weiteren Maßnahmen in Simonswald Investitionen notwendig. Aus diesem Grunde haben wir für die Finanzplanung für das Haushaltsjahr 2020 267 tsd € bei einem Landeszuschuss in Höhe von 144 tsd € geplant. Zu der weiteren konkreten Planung warten wir derzeit auf die Aktivitäten des Landratsamtes. Aus gemeindlicher Sicht kann mit dem Vorliegen des in diesem Jahr in Auftrag gegeben Leerrohrkonzeptes mit weiteren Planungsschritten begonnen werden.

Einen wesentlichen Schwerpunkt wird im Haushaltsjahr 2019 der ÖPNV darstellen. Die Gemeinde Simonswald wird in Abstimmung mit dem Regierungspräsidium die Einrichtung einer Buswendestelle am Mattenhof planen. Dies wird nicht nur einen zeitlichen Aufwand Seitens der Verwaltungsmitarbeiter bedeuten, sondern auch die Einplanung von einem durch die Gemeinde zu tragenden Eigenanteil an den Planungskosten von rund 15 tsd €. Trotz dieses Eigenanteils stellt die Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium eine große Chance zum nachhaltigen Ausbau unseres ÖPNV dar. Aus diesem Grund ist zunächst auch keine weitere Bushaltestellenüberdachung geplant.

Im Ergebnis besteht ein Investitionsvolumen von 5,2 Mio. Euro bei Einnahmen und Zuschüssen von 1,02 Mio. €; verbleibt ein Nettoinvestitionsvolumen vom 4,18 Mio. Euro.

Neben dem Investitionsbereich möchte ich im Ergebnishaushalt die wesentlichen Eckpunkte ansprechen. In der Planung sind dort unter anderem ebenfalls wirtschaftlich geringwertige Gegenstände, die selbständig genutzt werden können. Enthalten. Die Wertgrenze dieser Güter liegt bei 800 €. Die im auslaufenden Haushaltsjahr begonnene Umstellung auf Akkugeräteschaften für das Grünflächenmanagement konnte erfolgreich umgesetzt werden, so dass hier zunächst keine weiteren Beschaffungen notwendig werden. Für die täglichen Akkugeräte des Bauhofes wurde nach dem Defekt aller vorhandenen Akkuschauber eine Umstellung auf ein Leasingverfahren durchgeführt, so dass zunächst in der Vorplanung keine weiteren Kleingerätschaften eingeplant werden müssen.

Für das ehemalige Schulgebäude Obersimonswald sind dann für den weiteren Austausch der Fenster insgesamt Mittel in Höhe von 15.200 € geplant. In diesem Schritt soll der Fensteraustausch im Sporthallenbereich, des KLJB-Raumes sowie in dem Raum des Gemeindearchivs erfolgen.

Für die Brückenprüfung, die Instandsetzung des Brückenkopfes und Geländer der Brücke „Wehrleweg“ und dem Brückengeländer der Brücke „Am Oberberg“ sind insgesamt 91 tsd € eingeplant.

Auch im Haushaltjahr 2019 wird der Gemeinderat Klausurtagungen durchführen. Veranschlagt sind Entschädigungen in Höhe von insgesamt 10 tsd €.

Im Bereich der Liegenschaften wurden für das Rathaus 6.000,00 € für den Ersatz der Netzwerkverkabelung sowie der Beleuchtung im Obergeschoss vorgesehen.

Der größte Posten im Ergebnishaushalt ist für das erfolgreiche Gelingen der täglichen großen und kleinen Arbeiten und Projekte im Rathaus die Grundlage für unsere wertvollste Ressource; es sind die Personalkosten im Allgemeinen. Für das Haushaltsjahr 2019 werden 1,39 Mio. € veranschlagt. Dies entspricht einem Rückgang im Vergleich zu 2018 um 0,5 Mio. Euro. Bei den

Personalkosten ist die Stelle im Hauptamt ab Oktober 2019 in der Kostenplanung enthalten. Bis Oktober befindet sich unsere Hauptamtsleiterin planbar in der Elternzeit. Die neu besetzte Stelle Bauamt und wirtschaftlicher Leiter Bauhof ist in der Finanzplanung ab 2020 enthalten. Für den Bereich der Beamten wurde eine voraussichtliche Lohnsteigerung von 2,5 Prozent eingeplant. Die genauen Höhen werden sich im Laufe des Frühjahres herausstellen. Die Stellen Hauptamt und Kämmerei sind in der Kostenplanung in voller Höhe, also mit A 13 berücksichtigt.

Vor dem Hintergrund der zunehmend fehlenden Fachkräfte, auch bei der Verwaltung, sollen zur langfristigen Personalbindung diese Stellen auch wie geführt und in der Kostenberechnung berücksichtigt, besetzt werden. Hierbei soll zunächst im Haushaltsjahr 2019 im Bereich der Kämmerei begonnen werden. Die Personalkosten belaufen sich nach Angaben des statistischen Landesamtes für das Jahr 2014 – neuere Zahlen sind derzeit nicht verfügbar - bei Gemeinden der Größenklasse 3.000 bis 5.000 Einwohner auf 467 € pro Einwohner. Bei uns in Simonswald belaufen sich die Personalkosten bei 3.022 Einwohner für das Haushaltsjahr 2019 auf 463 € pro Einwohner. Damit liegen wir deutlich unter dem landesweiten Schnitt von 2014 trotz Kostensteigerung der Personalkosten. Die durchschnittlichen Personalkosten, die der Gemeindetag 2018 auf Grundlage der Eckdaten der kommunalen Haushaltsplanung für das Jahr 2017 veröffentlicht hat, liegen bei 858,67 € pro Einwohner im Landesschnitt, also bei fast dem doppelten Wert, den der Haushalt für Simonswald ausweist. Hierbei muss auch noch berücksichtigt werden, dass dieser Wert über alle Kommunen, also auch unsere großen Städte, gebildet ist. Dabei beeinflussen gerade die großen Kommunen diesen Wert positiv. Es ist also bei einer vorsichtigen Schätzung davon aus zu gehen, dass sich der Wert für die kleinen Kommunen tendenziell eher nach oben entwickelt. Ein Vergleich mit anderen Kommunen kann auf Grundlage der Haushaltsplanung regelmäßig nicht einfach vorgenommen werden, auch wenn Kommunen augenscheinlich eine gleiche Größe oder ähnliche Strukturen aufweisen. Neben Flächenparametern oder strukturellen Unterschieden im Personalkörper sind viele individuelle kommunale Besonderheiten, wie beispielsweise Eigenbetriebe in unterschiedlichsten Rechtsformen oder auch Gemeindeverbände mit übertragenen Aufgaben und Personalkörper, zu berücksichtigen.

Als wesentliche Maßnahme im Rahmen der gesundheitlichen Prävention für die Gemeindemitarbeiter soll zukünftig eine Kooperation mit HanseFit durchgeführt werden. Wie auch in unseren Nachbargemeinden wird ein Beteiligungsgrad der Mitarbeiter für den Start auf 25 % (also rechnerisch 7,5 Mitarbeiter) festgesetzt. Damit entfällt bei einem monatlichen Eigenanteil der Mitarbeiter von 25 € ein gemeindlicher Zuschussbedarf von 430 € monatlich.

Zur Finanzierung der vorgestellten Maßnahmen ergeben sich für das Jahr 2019 und die Folgejahre folgende Kreditbedarfe: 2019: 1,95 Mio €; 2020: 870 tsd €, bevor 2022 wieder von einem Zuwachs bei den eigenen liquiden Mittel von rund 548.000 € ausgegangen werden kann. Saldiert mit den jeweiligen Tilgungsleistungen ergibt sich für den Zeitraum 2019 bis 2022 eine Nettoverschuldung von 2,87 Mio €.

Bei der Planung des Schuletas haben wir uns in diesem Jahr besonders schwergetan. Insgesamt wurden 19 tsd € eingeplant. Die entspricht einem Verhältnis von 202 € pro Kind, auf dem gleichen Niveau wie 2018. Andererseits strebt unsere Grundschule bereits heute erste Maßnahmen im Rahmen der Digitalisierung an. Nach den uns heute vorliegenden Erkenntnissen und Empfehlungen aus dem Gemeindetag können wir nicht mit Bestimmtheit sagen, welche, beziehungsweise wieviel Mittel den Schulen für die Digitalisierung bereitgestellt wird. Eine Empfehlung ist jedoch unabweislich, nämlich, dass die ersten Fördermittel zur Digitalisierung zur Erstellung eines Medienkonzeptes durch die Schulen genutzt werden sollen. Trotzdem haben wir für die ersten Schritte der Digitalisierung unserer Grundschule Mittel von 3.400€ eingeplant, womit sich der Ansatz auf 238 € pro Kind erhöht. Mögliche Einnahmen aus den Fördermitteln Digitalisie-

rung wurden nicht gegengerechnet. Diese eingeplanten Mittel zur Digitalisierung werden entsprechend der Empfehlungen zunächst für die Erstellung eines Medienkonzeptes verwendet, womit dann mögliche Fördergelder für den Beginn der Realisierung eingesetzt werden können.

Ich möchte den beteiligten Stellen, die bei der Erstellung des Haushaltsplanes mitgewirkt haben, recht herzlich danken. Besonders möchte ich Herrn Scherzinger danken, der in den letzten Wochen eine sehr intensive Planungszeit hatte.

Die Aufstellung des Haushalts erfolgte unter konservativer Betrachtung mit der gebotenen kaufmännischen Vorsicht.